Zubereitet aus reiner bester abgerahmter Kuhmilch
Condensirte Milch
Fabrik-Marke Gesetzl. Gesch.
Dresdner Molkerei-Gebrüder Pfund
DRESDEN, Bautzner-Str.
LONDON, Bury-Street
Z. h. Coll. Apotheck., Drogenhdlr. u. Kaufleuten d. Nahrungsmittelbr.

Dresdner Nachrichten

37. Jahrgang.
Aufl. 54,000 Stück.

Dresden, 1892.

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15,
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen und **Herde, Haus-, Küchen-** und **Landwirthschafts-Geräthe.**

Hugo Borack
Hoflieferant
vorm. Eduard Emil Richter
gegründet 1829
Altmarkt
Ecke der Seestrasse 1.
Reise- und Radfahrer-Hemden, Reise-Plaids für Damen und Herren, **Radfahrer-Hosen, Tricots, Schuhe** und **Strümpfe, Reise-Mützen, Schuhe** und **Pantoffeln.**

W. F. Seeger, Dresden-N.
Kasernenstr. 13. Fernsprecher 2153.
Dresdner Champagner-Fabrik u. Wein-Grosso-Handlung
(gegründet im Jahre 1822).
Kommission-Lager zu Originalpreisen in allen grösseren Orten von Sachsen und den Nachbarprovinzen. Preislisten versende frei.

Tuch-Handlung.
Einzelverkauf zu **billigen, festen** Preisen.
Schreibergasse 2.
18 J. Unbescheid & Söhne 93
Reinwollenes, festes
Turnertuch
bester Güte, Meter 5 M.,
wasserdichte **Loden**
zu Joppen, Mänteln etc.,
Meter 1½ Mark.

L. Weidig, Waisenhausstr. 21
Neuheiten
hochelegant garnirter Damenhüte.
Grosse Einkäufe
und häufige persönliche Modestudien in Berlin, Paris, London.

Dresdener **Vernickelungs-Anstalt** von **Otto Büttner,** **Falkenstrasse 1—3.**
Fernsprechstelle 1606.

Nr. 131. Spiegel: Internationale Politik, neuer Kurs und internationale Lage. Hofnachrichten. Irrthumserklärung. Sommerfischen. Verbrechen und Vergehen. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Lotterieliste. | **Dienstag, 10. Mai.**

Politisches.

Allgemeine Erörterungen über die gegenwärtige Lage der internationalen Politik in Europa sind seit einigen Tagen wieder einmal in den Vordergrund getreten, nachdem längere Zeit eine angenehme Stille auf diesem Gebiete der öffentlichen Diskussion geherrscht hatte. Die bevorstehende Reise des Czaren nach Berlin, der Besuch, den König Humbert in Begleitung seines Ministerpräsidenten seinem Bundesgenossen in der deutschen Reichshauptstadt abstatten will, die italienische Ministerkrisis mit ihren angeblichen Rückwirkungen auf den Dreibund, das dringliche Verlangen nach Verstärkung der deutschen Heeresmacht und nach Vervollkommnung des österreichisch-ungarischen Militärwesens, die Behauptung, daß England bei der Erneuerung des Dreibundes durch einen Vertragsabschluß mit Italien an die Seite der Tripelallianzmächte getreten sei, die rückhaltlose Anerkennung der französischen Republik durch den Papst: Dies Alles liefert reichlichen Stoff zu allgemeinen Betrachtungen über die augenblickliche Gestaltung der politischen Verhältnisse in Europa. Daß dabei manche gewagte Combination und zum Theil offenbare Fabeln zu Tage gefördert worden, erscheint selbstverständlich. Der Höflichkeitsbesuch des Czaren am deutschen Kaiserhofe soll ein russisch-deutsches Bündniß anbahnen; König Humbert soll nach Berlin kommen, um die Erlaubniß zur Verminderung des italienischen Militärbudgets zu erwirken; der Sturz des italienischen Ministeriums bedeute den Abfall Italiens vom Dreibunde.

Es darf nicht in Erstaunen setzen, wenn sanguinische Politiker in Frankreich von dem Sturze des Cabinets Rudini einen Umschlag in der auswärtigen Politik Italiens erhoffen und der Meinung sind, das Parlament in Rom wolle von dem Dreibunde nichts mehr wissen. Wenn auch der Bündnißvertrag Italiens mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn keinerlei Bestimmungen über die Höhe der militärischen Aufwendungen der einzelnen Bundesgenossen enthalten dürfte und daher nicht von einer Erlaubniß zur Herabsetzung der italienischen Heeresmacht die Rede sein kann, so läßt sich doch andererseits nicht bestreiten, daß zwischen den finanziellen Calamitäten, über welche das Ministerium Rudini zu Fall gekommen ist, und der Zugehörigkeit Italiens zum Dreibunde ein gewisser Zusammenhang besteht. Die Ersparnißpolitik des gestürzten Cabinets war unvereinbar mit den militärischen Aufwendungen, deren weitere Ermäßigung nichts anderes bedeuten würde, als daß Italien gewillt ist, seine Stellung als Großmacht und damit als gleichwerthiger und gleichberechtigter Angehöriger des Dreibunds aufzugeben. Allerdings stellt das italienische Heeresbudget, das nicht mehr vermindert werden kann, wenn nicht die militärische Schlagfertigkeit bedenklich darunter leiden soll, große Ansprüche an die Finanzen und zugleich fällt schwer in die Wagschale, daß die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes insofern beeinträchtigt wird, als Frankreich durch sein handelspolitisches Verhalten an der italienischen Schwesternation wegen deren Zugehörigkeit zum Dreibunde die empfindlichsten Repressalien übt. Das Ministerium Rudini ist indeß thatsächlich nicht gestürzt worden, weil es an der kostspieligen Allianzpolitik festhielt, sondern weil die Aufgabe, die es sich gestellt hatte, ohne neue durchgreifende Steuern das Gleichgewicht im Etat herzustellen und doch gleichzeitig die militärische Machtstellung des Königreiches aufrecht zu erhalten, sich als unlösbar erwies. Im Verlaufe der Debatten über die Krisis hat zwar der Franzosenfreund Imbriani die alte Klage wiederholt, daß alles Unheil Italiens aus seiner falschen Großmachtstellung und der Dreibundpolitik entspringe. In Wirklichkeit dürften aber diese Behauptungen dem angegriffenen Ministerium eher genützt als geschadet haben. Gestürzt wurde das Cabinet nicht von dem dreibundfeindlichen Imbriani, sondern von dem einflußreichen Führer der piemontesischen Fraktion, dem Exminister Giolitti, welcher das Finanzprogramm der Regierung einer so vernichtenden Kritik unterzog, daß die Abstimmung über das Vertrauensvotum durch den Abfall der Piemontesen zu Ungunsten des Cabinets ausfiel. Gerade Giolitti jedoch, welcher durch die Macht seiner Persönlichkeit den Ausschlag gab, hat aus der dreibundfreundlichen Gesinnung der Mehrheit des italienischen Parlaments seine schärfste Angriffswaffe geschmiedet, indem er ausrief: „Was am peinlichsten berührt, ist die krankhafte Sucht der Regierung, den politischen Leidenschaften gewisser Parteien das Heer, den Schirm und Schutz der Nation, zur Beute hinzuwerfen. Diese Schwächlichkeit ist auf's Tiefste zu beklagen; denn ein dem Spiele der Parteien ausgeliefertes Heer ist ein gedemüthigtes Heer." Diese mahnenden Worte, welche gewiß unserem Bundesgenossen König Humbert aus dem Herzen gesprochen sind, werden den Nachfolgern Rudini's in der Richtung ihrer Politik als Richtschnur dienen müssen.

In dem gegenwärtigen Augenblicke, wo die italienische Ministerkrisis die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Stellung Italiens im Dreibunde gelenkt hat, verdienen die bezüglichen Auslassungen eines soeben erschienenen Buches „Berlin, Wien, Rom, Betrachtungen über den neuen Kurs und die neue europäische Lage" besondere Beachtung. Der Verfasser nennt als wesentlichen Punkt der bei der Erneuerung des Dreibundes getroffenen Abmachungen die Bestimmung, daß zwar keiner der kontrahirenden Staaten für irgend einen Angriffskrieg auf Unterstützung seiner Verbündeten rechnen dürfe, daß aber jeder Angriff gegen eine der drei Mächte die sofortige bewaffnete Theilnahme der beiden anderen zur Folge haben solle. Dies schließe eine Erweiterung des früheren Verhältnisses in sich, deren Tragweite kaum übertrieben werden könne. Der deutsch-österreichische Vertrag bestimmte, daß Deutschland und Oesterreich einander mit ihrer ganzen Kriegsmacht beizustehen haben, wenn einer dieser Staaten von Rußland angegriffen werde; sollte aber ein anderer, als der russische Staat einen der beiden Verbündeten angreifen, so sei der andere Verbündete verpflichtet, der angegriffenen Macht gegenüber wohlwollende Neutralität zu beobachten. Nach den neuen Verträgen soll jetzt die Bestimmung bestehen, daß jeder gegen einen der drei Verbündeten gerichtete Angriff das militärische Eintreten der beiden anderen zur Folge habe. Einen Beweis für diese angebliche neue Bestimmung der Dreibundverträge bringt der Verfasser nicht bei. Die Wahrscheinlichkeit spricht nicht dagegen. Anders verhält es sich dagegen mit der Behauptung, daß Deutschland in höherem Grade, als zur Zeit des Fürsten Bismarck, eine Solidarität mit der Orient-Politik Oesterreich-Ungarns übernommen habe, ja übernehmen müsse. Die „Köln. Ztg." glaubt diese Auffassung „auf Grund besserer Kenntnisse Denen, was in den letzten Jahren geschehen ist, für unzutreffend und unbegründet halten zu müssen". Hoffentlich mit Recht. Wir haben allerdings in Deutschland, führt das genannte Blatt aus, namentlich in gewissen Gelehrtenkreisen eine glücklicherweise recht unbedeutende Strömung, die das bisherige weise Zurückhalten und ruhige Beobachten der Orientfrage gegenüber für einen politischen Fehler halten und eine kräftigere Beeinflussung der Entwickelung dieser Frage seitens Deutschlands lieber sehen würde. „Zu diesen Kreisen scheint auch der Verfasser zu gehören. Erfreulicherweise haben wir in den letzten Jahren auch seit der Erneuerung des Dreibundes genugsam Thatsachen zu beobachten Gelegenheit gehabt, die uns unzweideutig beweisen, daß nach wie vor die deutsche Orientpolitik sich nicht geändert hat, daß für sie nach wie vor der Grundsatz maßgebend ist, den seinerzeit Fürst Bismarck in dem Schlagwort festgelegt hat von den Knochen des pommerschen Grenadiers, und den er in den Satz zusammengefaßt hat: Die ganze Orientalische Frage ist für uns keine Kriegsfrage. Auch heute noch ist dieser Grundsatz für die deutsche Politik gleich maßgebend, wie er es früher war, und die Erneuerung des Dreibundes im vorigen Jahre hat die praktische Anwendung desselben in keiner Weise beeinflußt."

Nicht minder stark wird die Kritik herausgefordert durch die in dem genannten Buche enthaltene Behauptung, daß England Italien gegenüber bestimmte Verpflichtungen für den Kriegsfall übernommen habe. Der Ausgangspunkt derselben soll das deutsch-englische Abkommen über Ostafrika gebildet haben. An der Erhaltung des Gleichgewichts im Mittelmeere von jeher interessirt und über Deutschlands Verhältniß zu der asiatischen Politik Rußlands beruhigt, soll England es als Förderung seines eigensten Vortheils ansehen, wenn es Italien die Rückendeckung durch die beiden mitteleuropäischen Mächte vermittelte und gleichzeitig die eventuelle Mitbeschützung der italienischen Küste übernahm. Eine solche Verpflichtung Englands jedoch widerspricht sowohl allen Gepflogenheiten der britischen Politik, als auch insbesondere den Grundsätzen des englischen Staatsrechts, welche bei bestimmten Bundesverpflichtungen die Zustimmung des Parlaments verlangt. Die Annahme, daß England sich zur Vertheidigung Italiens verpflichtet habe, beruht lediglich auf der Erwägung, daß in der Mittelmeerfrage zwischen beiden Staaten eine gewisse Interessensolidarität besteht, welche zu einer gemeinsamen Aktion führen kann, wenn die englische wie die italienische Mittelmeerstellung im Falle eines großen europäischen Krieges bedroht sein sollte. Es hätte eigentlich angesichts der kurz skizzirten Ausführungen des anonymen Verfassers des erwähnten Buches nicht der besonderen Erklärung bedurft, daß das deutsche auswärtige Amt demselben durchaus fernsteht und auch von der Absicht einer derartigen Veröffentlichung keine Kenntniß hatte. —Lo.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 9. Mai.

Berlin. Der Kaiser konferirte gestern mit dem Vicepräsidenten des Staatsministeriums v. Bötticher über die heute von Letzterem über die Schloßplatz-Projekte im Abgeordnetenhause abgegebenen Erklärungen. — Die Aktiengesellschaft Ludwig Löwe und Comp. hat endlich Strafantrag gegen Ahlwardt gestellt. — Die Berliner Kriegervereine schlossen sich auf Wunsch des Kaisers zu einem einzigen Kriegerverbande zusammen.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus diskutirte heute die Schloßplatz-Projekte. Richter erklärte, sein Antrag bezwecke nur Zerstörung des um die Projekte liegenden Halbdunkels und Verhinderung der Hintertreppenpolitik, und unterwarf dann die mannigfachen Projekte wegen Umgestaltung der West- und Südseite des Schlosses einer absprechenden Kritik. — Minister v. Bötticher erwiderte, die Regierung könne nicht über Vorgänge Erklärungen abgeben, welche nicht in den Kreis ihrer verantwortlichen Thätigkeit fielen und nicht über Vorgänge, die sich in der Umgebung des Königs abgespielt, aber nicht Regierungshandlungen betreffen. Von Niederlegung der Bauakademie und Schaffung eines sogenannten Ententeiches könne keine Rede sein, nachdem Se. Majestät nachstehende Ordre erlassen habe: Auf den mir gehaltenen Vortrag bestimme Ich, daß für das für den hochseligen Kaiser Wilhelm I. zu errichtende Nationaldenkmal ein Entwurf ausgearbeitet werde, bei welchem die Denkmalsanlage auf das östliche Ufer des Kanals beschränkt bleibt und von der jetzigen Fluchtlinie des gegenüberliegenden Ufers überall einen Abstand von mindestens 18 Meter erhält. Zunächst soll also auf dieser Seite des Platzes nur ein Raum hergestellt werden, der, unter Schonung der Interessen der Schifffahrt, geeignet ist, das Denkmal darauf zu errichten. Die Vorarbeiten fänden einen so guten Fortgang, daß er hoffe, es werde möglich sein, am 100jährigen Geburtstag des Kaisers Wilhelm I. ein dem Andenken desselben würdiges Denkmal herzustellen. — Minister des Innern Herrfurth erklärte, daß ein Antrag auf Gestattung einer Lotterie im Zusammenhange mit den erwähnten Projekten weder schriftlich noch mündlich, weder amtlich noch außeramtlich an ihn gelangt sei; alle entgegenstehenden Angaben beruhten auf freier Erfindung. Dem Oberverwaltungsgerichtsrath Kunze habe Richter fragwürdige Motive untergeschoben, ohne dafür den Schatten eines Beweises zu erbringen. — Graf v. Limburg-Stirum (cons.) spricht seine Befriedigung über die Zurückweisung des monströsen Gedankens des Abbruches der Bauakademie aus, bedauert die Bewilligung der Schloßfreiheits-Lotterie, die im Lande peinlich berührt habe und die Wahl der jetzigen Schloßfreiheit als Denkmalsplatz zu belassen. Das Denkmal hätte auf den Pariser Platz gehört. — Dr. Hopelius (freikons.) wünscht eine bestimmte Erklärung, daß auch in Zukunft Lotterieen für die hier in Frage stehenden Projekte nicht bewilligt werden. — Cremer (Teltow) meinte, das ganze Geschrei komme blos daher, daß bei dem Lotterie-Projekte die jüdischen Mitbürger nicht berücksichtigt worden seien. Die Lotterietrommel werde auch nur deshalb so kräftig gerührt, um die Aufmerksamkeit von den Judenflinten abzulenken. — Dr. Lieber schloß sich Namens des Centrums den Ausführungen des Grafen Limburg an, während sich Hobrecht (nat.-lib.) speziell gegen das Lotterieprojekt wendete. — Richter erklärte die Mittheilung der kaiserlichen Ordre als den werthvollsten Erfolg seines Antrages, den er darauf zurückzog. — Ein zweiter Antrag Richter's auf Veröffentlichung ausführlicher Denkschriften über die Ergebnisse der Veranlagung der neuen Einkommensteuer für den Staat und für größere Communen wurde angenommen, nachdem sich Finanzminister Dr. Miquel zustimmend erklärt hatte. Darauf wurde der Rest der sogenannten Sekundärbahn-Vorlage in 2. Lesung erledigt.

Berlin. Der „Reichsanzeiger" bringt folgende halbamtliche Mittheilung zu den in der Ahlwardt'schen Broschüre „Neue Enthüllungen, Judenflinten" enthaltenen Angaben, welche geeignet sind, ganz falsche Vorstellungen über die Beschaffenheit eines großen Theiles unserer Infanteriebewaffnung zu erzeugen, und zu den über die Broschüre in mehreren Zeitungen stattgehabten Besprechungen wird Nachstehendes veröffentlicht: 1) Die Commanditgesellschaft auf Aktien (Ludwig Löwe, Berlin) war kontraktlich verpflichtet, das Material zu dem Haupttheile des Gewehres, den Lauf, von der Königl. Gewehrfabrik Spandau in Form von Laufstäben zu beziehen. Die der Firma gelieferten Laufstäbe sind identisch mit den seitens der drei Königl. Gewehrfabriken verarbeiteten. Da von der Beschaffenheit des Laufmaterials wesentlich die Kriegsbrauchbarkeit der Waffen abhängt, so liegt in dem vorerwähnten Umstande eine Sicherheit für die Leistungsfähigkeit der Löwe'schen Gewehre; auch haben sich bis jetzt nach 1½jährigem truppenmäßigen Gebrauch dieser Waffen besondere Mängel nicht bemerkbar gemacht. Während der ganzen Dauer der Fabrikation dieser Gewehre haben ferner Controlbesuche seitens der Gewehrprüfungskommission stattgefunden und haben diese Besuche keinerlei Anstände ergeben. 2) Die Firma Löwe war durch Kontrakt verpflichtet, bis ult. Januar 1892 die letzten Waffen der ihr übertragenen Lieferung auf 425,000 Gewehre abzugeben, nicht wie in der Broschüre gesagt ist, am 1. Januar 1892; Mitte Januar d. J. sind die letzten Gewehre der genannten Fabrik abgenommen worden; 3) der Firma Löwe ist nicht ein Gewehrpreis von 58 Mk. gezahlt worden, wie die Broschüre behauptet, sondern ein erheblich niedrigerer. Unter Zugrundelegung des Gewehrpreises in den Königl. Fabriken kann die Firma etwa 2 bis 4 Mk. an jedem Gewehre verdient haben, nicht 30 Mk., wie der Verfasser der Broschüre behauptet; 4) gegen die Angeschuldigten, soweit sie der Militärgerichtsbarkeit unterstellt sind, ist gerichtliche Untersuchung eingeleitet; 5) dem Staatsanwalte ist von der Sache Mittheilung zugegangen mit dem Anheimgeben, seinerseits die erforderlichen Schritte zu thun.

Bochum. Der Redakteur der westfälischen „Reform" in Bochum ist wegen schwerer Beleidigung des Justizministers zu 8 Wochen Gefängniß verurtheilt worden. Der Staatsanwalt hatte vier Monate beantragt.

Wien. Der Abschluß der Zollverhandlungen zwischen Oesterreich und Nordamerika, wonach Oesterreich die gleiche Behandlung wie Deutschland bei den amerikanischen Zollämtern erfahren soll, hat stattgefunden. Die betreffenden Erklärungen beider Staaten werden in den nächsten Tagen ausgetauscht. Die gemeinsamen Ministerkonferenzen finden in dem heute unter dem Vorsitze des Kaisers stattfindenden Ministerrathe ihren Abschluß. Die Delegationen werden wahrscheinlich im Frühherbste zusammentreten.

Budapest. Der ungarische Handelsminister Baroß ist Vormittag 11 Uhr gestorben. Die Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde zum Zeichen der Trauer auf morgen vertagt.

Paris. Brazza hat sich am 15. Dezember nach dem Tanga-Fluß eingeschifft und marschirt mit 5 Offizieren und 200 Soldaten auf den Tschadsee zu. — Die Anti-Anarchistenliga drohte einem wegen seiner anarchistischen Gesinnung bekannten Kaufmann an, beim nächsten anarchistischen Attentat seinen Laden in die Luft sprengen zu lassen. Der Anarchist suchte polizeilichen Schutz nach. — Ravachol wird auch eines in St. Etienne begangenen Doppelmordes zweier alter Damen beschuldigt.

Petersburg. Gutem Vernehmen nach erfolgt die Publikation der Aufhebung des Hafer- und Mais-Ausfuhr-Verbotes am nächsten Freitag, diejenige der Aufhebung des Weizen-Ausfuhr-Verbotes um die Mitte dieses Monates.

* **Petersburg.** Das Stadthaupt, Greiger, ist schwer erkrankt. Wie es heißt, habe man demselben eine Einspritzung mit Vitalin gemacht; die dazu gebrauchte Spritze sei unrein gewesen, eine Vene damit durchstochen worden und darnach sei Gangräne eingetreten.

Lodz. Die Situation hat sich etwas günstiger gestaltet. Die russische Presse hat strenges Gebot zu schweigen, sodaß kärgliche Privatnachrichten über die Unruhen, die einen Besorgniß erregenden Umfang angenommen hatten, in die Oeffentlichkeit dringen. Die an den Straßenecken affichirten Plakate, welche die Arbeiter zu rücksichtslosestem Vorgehen aufforderten, schlossen mit den Worten: „Nieder mit Rußland!" Es sind mehrfache mißlungene Versuche seitens der Streikenden gemacht worden, Fabriken in die Luft zu sprengen.

Bukarest. Der hier als Dynamitard verhaftete Bulgare Boinow wurde im Arrestlokale mittels Lederriemens am Fenster erhängt vorgefunden. Ein zweiter Bulgare, der ein Attentat Bahnhofe verhaftet wurde, ist aus dem Gefängniß entsprungen.

Washington. Auf Veranlassung des Staatssekretärs wird die Stimmung des Kongresses darüber sondirt, ob sie der Einverleibung der Hawaischen Inseln günstig sei. Als Hauptgrund für die Einverleibung wird angeführt, daß die Sandwich-Inseln von St. Francisco aus innerhalb einer Woche zu erreichen seien und daß es wünschenswerth sei, einen solchen wichtigen strategischen Punkt im Besitz der Vereinigten Staaten zu wissen. Es wird besonders hervorgehoben, daß man diese Inseln nicht in den Besitz von England gelangen lassen dürfe, eine Eventualität, die bei den jetzigen unstäten Zuständen der Inseln leicht eintreten könnte.

Die **Berliner Börse** verlief lustlos und schwach. Nur für eine Anzahl fremder Renten, besonders für Ungarn, Italiener und Mexikaner, bestand feste Haltung. Russen dagegen matt. Kreditaktien und Diskontokommanditantheile stark angeboten. Lokale Banken konnten sich ziemlich behaupten. Eisenbahnen ruhig. Bergwerke schwach, in Bochumer starke Abgaben. Kohlenwerthe wenig beachtet. Im Kassaverkehr überwog Kauflust bei rückgängigen Kursen. Deutsche Anlagewerthe still und wenig verändert. Industriepapiere wenig verändert. Privatdiskont 1⅝ Proz. Nachbörse schwach. — **Wetter:** prachtvoll. Süd-Ost-Wind.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 269½, Disconto 190,70. Dresdn. Bk. 139,30. Staatsb. 218½. Lomb. 75,00. Laura 110,20. Ung. Gold. 92,90. Portugiesen 28,30. Fest.

Paris. (Schluß.) Rente 97,57. Italiener 90,20. Spanier 62,10. Portugiesen 28½. Türken 20,15. Türkenlose 79,00. Ottomanbank 570,00. Staatsbahn 618,75. Lombarden 211,00. Fest.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Mai 24,60, per Septbr.-Decbr. 247,0, ruhig. Spiritus per Mai 47,25, per September-December 41,25, matt. Rüböl per Mai 55,25, per September-December 57,25, weichend.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per Mai —, per Novbr. 210, Roggen per Mai 153, per October 158.

London. (Produkten-Bericht.) Englischer Weizen geschäftslos, ½ Sch. niedriger, fremder geschäftslos, kaum behauptet. Mehl ruhig, aber stetig. Mais knapp, ½ Schilling höher, als vorige Woche. Gerste fester, Hafer fest, russischer ½ bis ½ Schilling niedriger, als vorige Woche. Angekommene Weizenladungen geschäftslos, Muster abwartend. Von schwimmendem Getreide Weizen ruhiger, Gerste ca. ½ Schilling niedriger. Mais ruhig, aber stetig, runder amerikanischer voll ½ Schilling niedriger. — Wetter: Prachtvoll

Pfund's sterilisirte (keimfreie) Kinder-Milch. Trocken-fütterung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bankstr. 41-42